

NACHRICHTEN

Jugoslawische Wahlen ohne OSZE-Beobachter

BELGRAD: Die bevorstehenden Wahlen in Jugoslawien werden nach Belgrader Angaben nicht von der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) beobachtet. Belgrad werde auch keine Beobachter aus NATO-Staaten zulassen, die an den Luftangriffen auf Jugoslawien im Frühjahr 1999 teilgenommen haben, sagte der jugoslawische Vizebürgerchef Nikola Sainovic am Donnerstag, wie die Nachrichtenagentur Beta meldete. Sainovic äusserte die Erwartung, dass der jetzige Präsident und Kandidat der Sozialistischen Partei (SPS) und der kommunistischen Jugoslawischen Linken (JUL), Slobodan Milosevic, schon im ersten Wahlgang gewinnen werde. Milosevic habe keinen ernstesten Gegenkandidaten, meint Sainovic, der SPS-Führungsmittglied ist.

Grosser Zulauf bei Moslem-Rebellen

JOLO: Seit Beginn des Geiseldramas auf den Philippinen hat sich die Zahl der Abu-Sayyaf-Rebellen nach Angaben des Militärs verzehnfacht. Auf Grund der hohen Einnahmen durch die Lösegeldzahlungen rekrutieren die Rebellen immer mehr Kämpfer. Die Zahl der Moslem-Rebellen sei auf etwa 3000 gestiegen, sagte Oberst Romeo Tolentino, Militärkommandant auf der Insel Jolo, am Donnerstag. Dem Geheimdienst zufolge beschäftigt Abu Sayyaf zudem gegen Löhne von bis zu 3600 Franken bewaffnete Gruppen zur Bewachung der Geiseln. Anfang der Woche hatte der philippinische Generalstabschef Angelo Reyes erstmals zugegeben, dass für die Freilassung von sechs Malaysiern, drei Philippinern und zwei Deutschen umgerechnet mehr als neun Millionen Franken Lösegeld geflossen waren.

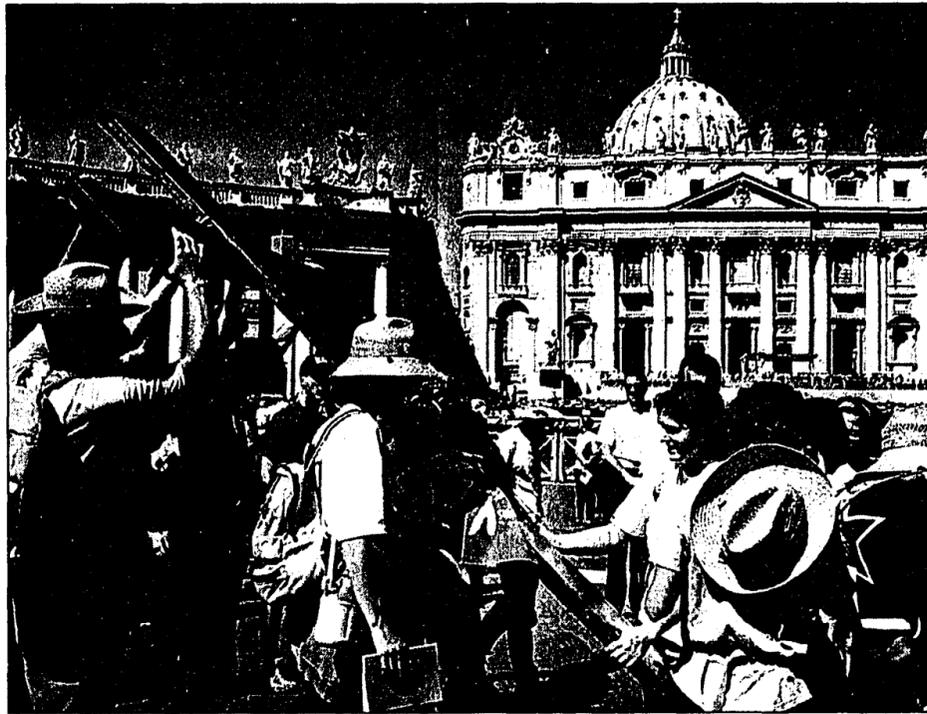
Polnischer Präsident kein Spitzel



WARSAU: Das Warschauer Sondergericht hat den polnischen Staatspräsidenten Aleksander Kwasniewski am Donnerstag vom Spitzelverdacht freigesprochen. Mit dem Urteil ist für Kwasniewski das grösste Hindernis für seine Wiederwahl beseitigt. Kwasniewski musste sich wie alle Kandidaten für hohe öffentliche Ämter dem Gericht stellen, das eine eventuelle Zusammenarbeit mit den kommunistischen Sicherheitsdiensten klären soll. Kwasniewski kandidiert im Oktober bei den Wahlen. In Meinungsumfragen liegt er unangefochten an der Spitze. Während des so genannten Lustrationsverfahrens zur «Durchleuchtung» seiner kommunistischen Vergangenheit waren Dokumente über einen Geheimdienstmitarbeiter namens «Alek» eingereicht worden.

Neuer Anschlag in Kaschmir

NEU DELHI: In Kaschmir sind am Donnerstag bei einem neuen Anschlag mutmasslicher Moslemextremisten mindestens neun Menschen getötet worden. In der Stadt Srinagar explodierten in der Nähe einer Bank eine Granate und eine Mine, wie die Polizei mitteilte. Vor allem Wachmänner seien getötet worden. Augenzeugen berichteten, dass erst eine Granate und rund 15 Minuten später vermutlich eine Mine explodierten. Ein indischer Polizeichef sagte der Nachrichtenagentur Reuters am Donnerstag im indischen Jammu, die Sicherheitskräfte hätten ihre Einsätze gegen die Rebellengruppe wieder aufgenommen. Die Hizbul Mujahideen werde wie jede andere militärische Einheit behandelt, sagte der Beamte, ohne Einzelheiten zu nennen. Am Dienstag waren bei einem Überfall von Moslemextremisten zwölf indische Soldaten getötet worden. Die grösste Rebellengruppe in Kaschmir, die Hizbul Mujahideen, hatte nur wenige Stunden zuvor ihren Waffenstillstand aufgekündigt.



Zu Gast beim Papst

Papst Johannes Paul II. hat sich von seinem Aufruf an die römischen Kirchengemeinden nicht ausgenommen, bei der Unterbringung der bis zu einer Million zum Weltjugendtag erwarteten Pilger zu helfen: Rund 15 Jugendliche werden zwischen dem 12. und 20. August im päpstlichen Sommersitz im Castel Gandolfo beherbergt, teilte Vatikansprecher Ciro Benedettini mit. Johannes Paul wolle damit ein Beispiel an Gastfreundschaft geben. Nationalitäten, Alter und Namen stünden nicht fest, die Teilnehmer würden von den Organisatoren des von der katholischen Kirche ausgerufenen Weltjugendtages benannt. «Nicht einmal der Papst weiss, wer es sein wird», fügte Benedettini hinzu. Die Woche des Weltjugendtreffens wird am 19. August mit einer Nachtwache und am 20. August mit einer Messe vor den Toren Roms ihren Höhepunkt erreichen. (Bild: Keystone)

In Laos wanken die Fundamente

Bombenanschläge erschüttern das südostasiatische Land - Rebellengruppen sammeln Anhänger

PAKSE/LAOS: Bombenanschläge, Überfälle und erstarrende Guerillagruppen - weitgehend unbeachtet von der internationalen Öffentlichkeit häufen sich in Laos die Hinweise auf eine innenpolitische Krise. Ein Vierteljahrhundert nach der Ausrufung der Demokratischen Volksrepublik Laos scheint sich die Opposition gegen den kommunistischen Staat zu verstärken, und das politische System zeigt Schwächen.

Die Bomben explodierten in den vergangenen Monaten in einem Restaurant, einem Hotel und auf einem belebten Strassenmarkt der Hauptstadt Vientiane. Mehrere dutzend Menschen wurden verletzt. Die Behörden machen Angehörige der Untergrundorganisation Hmong, die im Vietnamkrieg die USA unterstützten, und andere «finstere Elemente» verantwort-

lich. Anfang Juli stürmten bewaffnete Kämpfer einen Zollposten an der Grenze zu Thailand und töteten dabei sechs Menschen. Rebellengruppen sammeln sich in den Bergen und planen neue Angriffe, und die Anhänger der Monarchie sehen sich im Aufwind.

Die Regierung dementiert, dass es Unruhen gibt. Der Laos-Experte Sunai Phasuk von der thailändischen Chulalongkorn-Universität ist da anderer Meinung. Er führt die Risse in der Machtstruktur des Staates an und stellt diese auch in einen Zusammenhang mit den Anschlügen. Aufständische Gruppen hätten die Schwäche des Systems nach der asiatischen Finanzkrise von 1997 genutzt und ihre Aktivitäten verstärkt. «Doch radikale Veränderungen werden, wenn überhaupt, aus der Kommunistischen Partei kommen», meint Sunai.

Auch innerhalb der Laotischen Revolutionären Volkspartei (LPRP) werden auf hoher Parteiebene Konflikte über den künftigen Kurs des

Landes ausgetragen. Eine Fraktion sieht Laos weiter an der Seite der Verbündeten Vietnam und China. Ihr gehören der 76-jährige Präsident Khamtay Siphandone und andere Vertreter seiner Generation an, die im Vietnamkrieg gegen die Amerikaner kämpften. Eine andere Gruppe aber favorisiert eine grössere wirtschaftliche Öffnung des Landes, was die kommunistischen Hardliner ablehnen. Derzeit scheinen auch antivietnamesische Stimmungen an Einfluss zu gewinnen - einige der jüngsten Bombenanschläge galten offenbar der vietnamesischen Volksgruppe.

In der Bevölkerung macht sich zudem Unzufriedenheit über die Minderheitenpolitik breit, von der auch die stärkste Rebellengruppe profitiert. Beobachter gehen davon aus, dass die Reste der Hmong-Guerillagruppen, die einst unter der Führung des amerikanischen Geheimdienstes CIA gegen die Kommunisten kämpften, von Teilen der Bevölkerung unterstützt werden. In

den vergangenen Monaten konnten sich die Guerillakämpfer in die Berge zurückziehen und dort auf mögliche Aktionen vorbereiten. Die Hmong spalten sich in zwei grössere Gruppen. Neben ihnen ist eine Gruppe von 200 Dschungelkämpfern aktiv, denen Beobachter aber keinen grossen Einfluss bescheinigen. Nach dem Sturm auf einen Grenzposten Anfang Juli, bei dem sechs Menschen getötet wurden, hissten die Aufständischen die alte königliche Flagge. Exil-Laoten in den USA, Kanada und Europa sollen die antikommunistischen Rebellen mit Geld unterstützen.

Im Ausland gibt es mindestens ein Dutzend Organisationen, die gegen die Regierung in Vientiane kämpfen. Hoffnungen, diese Gruppen im Kampf gegen die Regierung zu eintreten, machen sich vor allem Anhänger der 1975 abgeschafften Monarchie. An vorderster Front steht Prinz Soulivong Savang, der älteste Enkel und Thronerbe des letzten laotischen Königs Savang Vatthana.

Noch keine Spur von den Bombenlegern

Moskau Behörden tapen bei der Suche nach den Tätern im Dunkeln

MOSKAU: Zwei Tage nach dem schweren Bombenanschlag im Zentrum Moskaus hatte die Polizei bis Donnerstagnachmittag keine heisse Spur von den Tätern. Die Zahl der Todesopfer stieg nach offiziellen Angaben auf acht.

Ein Sprecher der Moskauer Gesundheitsbehörde sagte am Donnerstagmorgen, ein 33-jähriger Mann sei am Vorabend seinen Verletzungen erlegen. 55 der mehr als 90 Verletzten wurden noch in Spitälern behandelt. Bei 18 Opfern wurde der Zustand als kritisch bezeichnet.

Die russische Hauptstadt erlebte eine Welle der Hilfsbereitschaft. Lange Schlangen von Menschen, die Blut spenden wollten, bildeten sich am Donnerstag vor dem Sklifossowski-Spital. Der Grossteil der Opfer wird in dieser Klinik behandelt.

Wieder freigelassen

Bei der Suche nach den Bombenlegern tapten die Behörden weiter im Dunkeln. Zwei Kaukasier, die kurz nach dem Anschlag festgenommen worden waren, seien wie-

der auf freien Fuss gesetzt worden, meldete Interfax unter Berufung auf Behördenkreise. Weitere Verdächtige seien bislang nicht festgenommen worden. Weder die Zusammensetzung des Sprengsatzes

noch dessen Konstruktion konnten bisher ermittelt werden, verlautete aus der Staatsanwaltschaft. Der pro-russische Tschetschenenführer Malik Sajdullajew setzte derweil für Hinweise auf die Urheber des Bom-



Die Zahl der Todesopfer des Terroranschlags auf dem Moskauer Puschkin-Platz ist auf acht gestiegen. Bestürzte Russinnen und Russen legen am Ort des Geschehens Blumen und Erinnerungsgegenstände nieder.

benanschlags in Moskau eine Belohnung von 100 000 Dollar aus. Zugleich warnte er am Donnerstag auf einer Pressekonferenz in Moskau davor, das gesamte tschetschenische Volk zu verdächtigen. Trotz fehlender Beweise machte er stellvertretende Generalstabschef Waleri Manilow tschetschenische Rebellen für die Terrortat verantwortlich.

Verschärfte Sicherheitsmassnahmen

In ganz Russland galten weiterhin erhöhte Sicherheitsmassnahmen. In grösseren Städten wurden die Polizeiposten an Flughäfen, Bahnhöfen, Regierungsgebäuden und belebten Plätzen verstärkt.

Seit dem Vortag hätten Polizisten bei Durchsuchungsaktionen in Moskau sieben Sprengsätze sowie Granaten, Waffen und Munition sichergestellt und 46 zur Fahndung ausgeschriebene Menschen festgenommen, meldete Interfax. US-Präsident Bill Clinton sprach Putin in einem Brief sein Beileid aus. In Russland waren im August und September vergangenen Jahres bei Bombenanschlägen fast 300 Menschen getötet worden.